

Haushaltsrede über den Haushaltsplan 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten Wochen haben wir alle gemeinsam intensiv den Haushaltsplanentwurf 2013 in den einzelnen Fachausschüssen beraten und diskutiert. Dabei stellte sich deutlich heraus, dass es auch in 2013 keinen Spielraum für große Wünsche, keinen Spielraum für Hirngespinnste und vor allem keinen Spielraum für neue große Ausgaben gab. Die meisten Beratungen verliefen schnell und sachlich.

Dabei sind die Rahmenbedingungen, mit denen wir alle hier in diesem Rat umzugehen haben, schwierig. Dies hat unser Bürgermeister bereits in seiner Einbringungsrede deutlich gemacht. Und mit dieser Gesamthaushaltssituation steht Hennef natürlich nicht alleine. Der Städte und Gemeindebund fordert das Land auf, die Kommunen deutlich stärker zu unterstützen und auf der letzten Kämmerertagung in Dinslaken vor knapp zwei Wochen machte der Fachverband der Kämmerer auch im Beisein des Innenministers deutlich, dass die Kommunen nicht alleine aus Ihrer Finanzmisere herauskommen werden.

Aber bis auf leere Worthülsen gab es erwartungsgemäß kein klares Votum des Ministers für die Kommunen. Allein der Hinweis auf die Anpassungen im Gemeindefinanzierungsgesetz oder die Einführung des Stärkungspaktes für extrem klamme Kommunen reicht nicht aus. Der Kölner Stadt Anzeiger hat am 1.11.2012 darauf hingewiesen, dass die Städte sich immer stärker verschulden müssen. Dies ist uns allen bekannt. Aber in einer aktuellen Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young wird nochmals betont, dass sich viele Kommunen trotz höherer absoluter Steuereinnahmen in einer schwierigen Finanzlage befinden. Nach dieser Studie rechnen 50% aller Kommunen mit einem weiteren deutlichen Schuldenanstieg in den nächsten drei Jahren. 66% der Kommunen gehen davon aus, die Schulden nicht mehr aus eigener Kraft tilgen zu können.

Besonders brisant ist hierbei die Tatsache, dass knapp die Hälfte der kurzfristigen Kreditverbindlichkeiten (Kassenkredite) im Bund allein auf Kommunen in NRW fällt. Die Kommunen, die stärker von den jeweiligen Ländern unterstützt werden, stehen heute auch wesentlich besser dar.

Fazit: Das Land NRW tut zu wenig für die Kommunen.

Wenn wir aber auf uns schauen und hier unsere Kennzahlen ansehen und ein Benchmark mit anderen Städten unserer Größenordnung in NRW vornehmen, so kann man feststellen, dass Hennef noch zu den wenigen Kommunen gehört, die in keinem Haushaltssicherungskonzept sind. 50% der Kommunen in NRW sind bereits in der Haushaltssicherung und Ernst & Young geht davon aus, dass in drei Jahren knapp 70% aller Kommunen in NRW in die Haushaltssicherung gehen müssen. Eine unglaubliche Zahl.

Dabei sind vor allem die immer umfangreicher werdenden Aufgaben, die der Bund oder das Land auf die Kommunen überträgt, ohne hier einen ausreichenden finanziellen Ausgleich zu leisten, eine wesentliche Ursache für diese schwierigen Situationen. So erhält die Stadt Hennef gemäß dem Belastungsausgleichsgesetz Jugendhilfe für die U3 Betreuung rd. 200 TEUR. Dies reicht vorne und hinten nicht. Eine Frechheit ist der Umstand, dass die Zahlungen von Seiten des Landes bereits dreimal angekündigt aber bis heute noch nicht ausgezahlt wurde. Dies dient sicher nur den Showterminen des Landtagsabgeordneten. Der Stadt hilft dies aber nicht.

Meine Damen und Herren, es bringt nur nichts, immer wieder auf diesen allgemeinen Missstand hinzuweisen. Hilfe von Seiten des Landes kann man eh nicht erwarten. Also machen wir unsere Hausaufgaben selbst und das hat unser Bürgermeister mit einer deutlichen Unterstützung von Seiten der CDU und FDP Fraktion wieder getan. Der Haushaltsentwurf 2013 wurde früh aufgestellt. Somit mussten Anpassungen bei der Kreisumlage, die Auswirkungen des NKF Weiterentwicklungsgesetzes und vieles andere noch im Nachgang berücksichtigt werden.

Aktuell weist der Haushaltsplan 2013 einen Jahresfehlbetrag von 6,7 Mio. EUR aus. Die bedeutet, dass die Stadt Hennef ein Eigenkapitalverzehr von 9,32% zu verkraften hat. Um nicht in die Haushaltssicherung zu kommen, ist es nach §76 GO notwendig, in 2014 die Grenze von 5% Kapitalverzehr nicht zu überschreiten. In den uns aktuell vorliegenden Haushaltsplan wird dies knapp erreicht. Mit 4,1% liegen wir unter der im Gesetz beschriebenen Marke. In den Folgejahren geht der Eigenkapitalverbrauch dann auf 1,13% zurück. All dies mag dem Einen oder Anderen als eine lästige Formalie erscheinen. Aber die alleinige Betrachtung von Auszahlungen und Einzahlungen reicht bei der Haushaltsführung in Zeiten der Doppik nicht mehr aus. Ich habe bereits letzte Woche in der Hauptausschusssitzung darauf hingewiesen, dass die Kenntnis über nicht zahlungswirksame

Erträge und Aufwendungen, die Differenzierung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben, die Berücksichtigung des NKF Weiterführungsgesetzes oder auch der Unterschied zwischen Ertrags und Finanzlage wesentlich ist, um über die Strukturen des Haushaltes diskutieren zu können und den Haushalt mit all seinen Annahmen und gesetzlich verpflichtenden Aufgaben gewissenhaft und sachlich korrekt beurteilen zu können.

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist zwar nicht ausgeglichen, aber die Haushaltssicherung ist nicht erforderlich. Dabei ist es schon erstaunlich, wie unsere Kollegin Siegrid Gerheim am letzten Montag erklärte, dass es nicht so schlimm sei, wenn die Stadt Hennef in die Haushaltssicherung rutschen würde. Auch andere Kommunen würden mit einem solchen Instrument weiter leben und arbeiten können. Es ist erstaunlich, wie die Unabhängigen sich mit drohenden höheren Gebühren und Beiträgen abfinden, wie sie die bisherigen investiven Anstrengungen gefährden und wie sie einen großen Teil der kommunalpolitischen Verantwortung abgeben möchten. Die Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, wünschen sich nichts sehnlicher, als wieder aus dieser Misere herauszukommen. Es gibt aktuell in NRW Kommunen des Stärkungspaktes, die über Gewerbesteuerhebesätze von bis zu 800% nachzudenken haben. Dies wollen wir hier in Hennef nicht erleben. Die CDU wird weiterhin die Politik in dieser Stadt bestimmen und alles für unsere Bürgerinnen und Bürger tun, um diese Stadt weiter voranzubringen.

Und um dies zu erreichen, wurde wieder eine klare Prioritätensetzung bei den Investitionen vorgenommen. Es gilt immer noch die Devise, dass der Schwerpunkt auch in 2013 und in den Folgejahren bei unseren Kindern und Jugendlichen liegt. Dies ist in den letzten Jahren durch die die CDU Fraktion konsequent umgesetzt worden. Nur so waren trotz der knappen Mittel die Erweiterungs- und Umbauten am Gymnasium möglich und Sanierungen an den meisten anderen Schulen. Mit den Konjunkturpaket II-Mitteln wurden energetische Sanierungen umgesetzt und abgeschlossen.

Und die Investitionen im Bereich Schule gehen weiter. Mit den Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion wurde der Schulentwicklungsplan auf den Weg gebracht. Die Ergebnisse zeigten zum ersten Mal eine Situation im Sekundarbereich II auf, auf die zu reagieren war. Zunächst aber wurde schnell deutlich, dass die Hauptschule nicht mehr genug Eingangsklassen haben wird und die Realschule auf eine konstante Dreizügigkeit zuläuft. Dass allerdings über 80 Jugendlichen, die gerne in Hennef ihr Abitur machen wollten, genau dies nicht ermöglicht werden konnte, war für unseren Bürgermeister der Startschuss für die mögliche Errichtung einer weiteren Gesamtschule. Diese soll aus der bestehenden Haupt- und Realschule entwickelt werden. Die CDU Fraktion, die ohne diese Information über die schon längere Zeit zu beobachtende große Zahl von abgewiesenen Interessenten für die Sekundarstufe II die Prüfung einer Sekundarschule gefordert hatte, brachte nunmehr gemeinsam mit ihrem Bürgermeister und dem ersten Beigeordneten die Planungen für diese zweite Gesamtschule

auf den Weg. In enger Abstimmung mit unseren Freunden von der FDP Fraktion konnten die weiteren Schritte vorgenommen werden. Dass die SPD Fraktion diesen Weg mit gehen wollte, war angenehm und zu erwarten, denn sie muss ja durch ihre Vertreter in Hennefer Schulleitungen schon lange vorher gewusst haben – wenn auch aus welchen Gründen auch immer nicht kommuniziert -, dass es diesen Druck auf die Sekundarstufe II gab. Dass allerdings auch die Unabhängigen diese Neustrukturierung, die von der Elternmehrheit auch so gefordert wird, mit tragen wollte, ist allerdings schon sehr erstaunlich. Denn es war von Anbeginn klar, dass dieser Beschluss wieder eine große Finanzanstrengung erfordert.

Mit den im Haushalt berücksichtigten Mitteln für die baulichen Erweiterungen oder der notwendige Mensabau (rd. 3 Mio in 2014 bis 2016) werden weitere Bausteine für die Umsetzung einer zweiten Gesamtschule in Hennef verankert. Da die Fraktion die Unabhängigen aber diesen Haushalt wieder ablehnen werden, stimmen sie auch gegen die Finanzierung dieser zweiten Gesamtschule. Und dies muss auch so klar formuliert werden. Wer diesen Haushalt ablehnt, stimmt gegen die Finanzierung all der Maßnahmen, die erforderlich sind, um unsere Schullandschaft weiter zu entwickeln. In meiner letzten Haushaltsrede habe ich darauf hingewiesen, dass man sich nicht immer nur die Rosinen herauspicken kann. Man kann nicht für eine Maßnahme sein, weil es einem gefällt, aber dann gegen die notwendige Finanzierung stimmen. Es ist doch das gleiche, als ob die Unabhängigen sich eine Pizza bestellen, allen erklären, wie toll sie doch in der Lage sind, sich eine solche Pizza bestellen zu können und wenn der Pizzabote kommt und seine Bezahlung einfordert, man erklärt, dass man zwar die Pizza essen wolle aber mit der Bezahlung möchte man sich nicht beschäftigen, denn das Geld hierfür wolle man sparen. So etwas, meine Damen und Herren, nennt man Zechpreller. Bestellen und nicht zahlen wollen. All diejenigen, die diesem Haushalt heute nicht zustimmen wollen, sind die Zechpreller dieser Stadt. Diese handeln meines Erachtens unverantwortlich und vor allem unredlich. OK, die Unabhängigen haben noch nie einem Haushalt zugestimmt und somit müsste der Pizzabote eigentlich wissen, dass er geprellt wird, aber meine Damen und Herren, wer sich für die Errichtung einer zweiten Gesamtschule ausspricht und dann bei der Finanzierung nicht Gewähr bei Fuß steht, muss dies auch genau so den Eltern und den Henneferinnen und Hennefern sagen. Wir werden es tun.

Die CDU Fraktion sichert gemeinsam mit der FDP nicht nur diese zweite Gesamtschule, sondern auch weitere wichtige Projekte. Im Siegbogen wird zurzeit der Kindergarten mit der dafür erforderlichen U3 Betreuung errichtet. In 2013 wird diese KITA fertig erstellt sein. Die Investitionskosten betragen rund 1,5 Mio. EUR zuzüglich der Ausstattung und der Außenanlagen. Für Dambroich beantragte die CDU den Ausbau der KITA. Dieser wird in 2013 und 2014 umgesetzt (rd. 750 TEUR), ein besonderer Erfolg für unseren Kollegen Reinhard Hauff. Auf Grundlage der Initiative von Theo Walterscheid wird ab 2015 die KITA in

Stoßdorf mit rd. 1,3 Mio. EUR neu errichtet. Sie sehen, dass mit der CDU weiter in unsere KITAs investiert wird. Wir stellen sicher, dass wir trotz knapper Mittel diese Investitionen geleistet werden. Dabei spielt die Umsetzung der U3 Betreuung und der Inklusion eine besondere Bedeutung für die nächsten Jahre. Und es ist eigentlich unnötig zu erwähnen, dass die Finanzierung dieser Baumaßnahmen an den genannten KITAs gegen die Stimmen der Unabhängigen erfolgen wird. Mal sehen, was die Grünen machen. Die SPD wird sich hoffentlich ihrer Verantwortung bewusst sein und diesem Haushalt zustimmen.

Meine Damen und Herren, vor ungefähr zwei Jahren hat unser ehemaliger Ratskollege Jens Winter einen umfangreichen Antrag zur Leitbilddiskussion eingebracht. Aufgrund dieses Antrages hat der Stadtmarketingverein sich diesem Thema gewidmet. Mittlerweile ist dieser Prozess in vollem Gange und wir sind alle gespannt, welche Ergebnisse präsentiert werden. Somit zeigt sich, dass der Gedanke von Herrn Winter wegweisend war. Ebenso wichtig war die Initiative der CDU Fraktion, vor zwei Jahren Mittel für die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes und des Einzelhandelsgutachtens in den Haushalt einzubringen. Die Diskussionen in den Dörfern, bei den Menschen vor Ort und in den Vereinen zeigt, wie wichtig aber auch wie schwierig dieses Thema ist. Zu Beginn wurde die Notwendigkeit der Überarbeitung des FNP vor allem von der SPD in Zweifel gestellt. Mittlerweile erkennt auch sie, dass die Neuaufstellung ein wichtiger Schritt für eine maßvolle Weiterentwicklung unserer Stadt ist. Auch hier folgt die SPD willig den Initiativen der CDU und das ist auch gut so.

Die Innenstadtentwicklung wird weiter umgesetzt. In der Ladestraße entsteht ein Geschäfts- und Parkhaus. In einer schwierigen Lage kann die Stadt mit dem Investor eine attraktive Lösung bieten. Hier haben die Grünen und die SPD zu Beginn stark gemauert. In der Zeitung war zu lesen, dass ein alter kranker Baum einen höheren Stellenwert hat als das Investitionsvorhaben. Heute wollen die Gegner nichts mehr davon wissen. Alle schmücken sich mit dem Investitionsvorhaben, jeder war schon immer dafür, Grüne und SPD folgen der CDU in der Bewertung der Maßnahme.

Die Diskussion über die Nutzung von erneuerbaren Energien, die Umsetzung einer kommunalen Energiewende und die Frage, ob die Stadt zum Beispiel das Stromnetz von RWE erwerben sollte, wurde im Fachausschuss zum Teil kontrovers geführt. Wirtschaftsprüfer und Gutachter rieten der Stadt vom Netzerwerb ab. Unseres Erachtens eine kluge Entscheidung, denn die Risiken, die die Stadt Hennef als Flächenkommune in Kauf nehmen müsste, wäre zu hoch gewesen. Und auch wenn die Stadt die Stromkonzessionen nunmehr ausschreiben wird, wird sie sich intensiv mit der Frage der dezentralen Energieversorgung und Energieeffizienz beschäftigen. Dafür benötigt man keine eigenen Stadtwerke im Bereich Strom und Gas. Die CDU Fraktion hat hier eine Anzahl von Anträgen gestellt, Anregungen gegeben und mit den Stimmen der CDU und FDP wichtige

Entscheidungen wie die Mitgliedschaft in der Solargenossenschaft getroffen. Das Thema wird uns in den nächsten Jahren weiter verfolgen. Hier ist die CDU Meinungsführer und vor allem gemeinsam mit unseren Freunden von der FDP Mehrheitsführer für diese richtungweisenden Beschlüsse. Grüne und SPD können sich hier gerne weiter mit ihren kleinstrukturierten Anregungen beschäftigen. Die CDU wird hier gemeinsam mit unserem Bürgermeister den Weg vorgeben.

Die CDU Fraktion hat zudem einen Antrag eingereicht, der zum Ziel hat, ein umfassendes kommunales Klimaschutzkonzept zu erarbeiten. Das Zusammenspiel von Energieverbrauch, Energieeffizienz sowohl beim kommunalen Handeln aber auch in gewerblichen und privaten Bereichen sollte konzeptionell dargestellt werden und Handlungsoptionen zur Verbesserung des Klimaschutzes aufzeigen. Gerne können sich hier die SPD Fraktion und auch die Grünen beteiligen.

Meine Damen und Herren, ich könnte hier eine weitere Vielzahl von Projekten benennen, die unser Bürgermeister gemeinsam mit den Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP auf den Weg gebracht oder angestoßen hat. So zähle ich nur einige wenige Maßnahmen auf: Das Mehrgenerationenhaus gegen die Stimmen der Unabhängigen als Anlaufstelle für sozialtätige Vereine sowie rat- und hilfesuchende Bürgerinnen und Bürger, die Aktualisierung des Seniorenplanes, die Erstellung des Kulturentwicklungskonzeptes, die Unterstützung unserer Vereine, die weitere Ertüchtigung unserer Sportstätten gemäß den Sportstellenleitplan und vieles mehr.

Was die CDU Fraktion allerdings in der letzten Hauptausschusssitzung abgelehnt hat, ist die Übertragung von Ratssitzungen im Internet. Wir sind der Meinung, dass alleine die Übertragung von Ratssitzungen keine Transparenz schaffen wird. Nur mit einer Übertragung der Fachausschüsse kann diese Transparenz geschaffen werden. Dass aber eine solche Umsetzung einen sechststelligen Betrag kosten wird, hat die Stadtverwaltung aufgezeigt. Und dafür sind beim besten Willen keine Mittel da. Das ändert sich auch nicht, wenn die SPD Fraktion die Kosten je Einwohner rechnet oder sonstige seltsamen Berechnungen durchführt. Fakt ist, dass wir einen Jahresfehlbetrag von 6,7 Mio. EUR in 2013 ausweisen und der Puffer für 2014 unglaublich klein ist, um die Haushaltssicherung abzuwehren. Die CDU Fraktion investiert hier das Geld notwendigerweise in die U3 Betreuung oder in sonstige Projekte aus dem Jugendbereich. Hier gilt klar, dass diese Maßnahmen in einer Prioritätenliste vor einer Internetübertragung stehen. Das die SPD nunmehr die Diskussion im Hauptausschuss auf ihrer Internetseite falsch wieder gibt und mich auch noch bewusst falsch zitiert, ist mehr als peinlich. Wenn die Kollegen der SPD meinen, dass sie damit weiter kommen, sollen sie es in dieser Art und Weise weiter betreiben. Aber ehrlich wehrt am längsten. Das gilt übrigens auch beim Twittern. Da dies aber bereits zum wiederholten Male

vorgekommen ist, scheint das gute Miteinander von Seiten der SPD offenbar aufgekündigt worden zu sein.

Meine Damen und Herren, der Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 2013 wird die Allgemeine Rücklage weiter aufzehren. Trotzdem gilt es auch in den nächsten Jahren alles daran zu setzen, nicht in die Haushaltssicherung zu rutschen. Dafür gilt weiterhin eine strikte Aufgabenkritik. Alle Aufwendungen kommen auf den Prüfstand und mögliche Ertragsteigerungen sind zu prüfen. Die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B mussten aufgrund der schwierigen beschriebenen Finanzsituation der Stadt angehoben werden. Eine Maßnahme, die leider unumgänglich war. Wir haben seit rund acht Jahren diese Hebesätze stabil gehalten. Dies war nunmehr nicht mehr möglich. Die Stadt befindet sich bei dem Gewerbesteuerhebesatz immer noch im Mittelfeld der kreisangehörigen Kommunen, bei dem Hebesatz für die Grundsteuer B befinden wir uns im oberen Drittel. Es ist aber oberstes Ziel, die Haushaltssicherung abzuwehren, denn mit dem HSK wären die Einschnitte in vielen Bereichen erheblich und die Hebesätze würden vermutlich sowieso nach oben angepasst werden. Dass die Grünen eine solche Erhöhung einfach ablehnen wollen, ohne an die Folgen zu denken, zeigt, dass sie die Strukturen einer Haushaltsführung unter Doppik-Gesichtspunkten immer noch nicht verstanden haben. Aber, was nicht ist, kann ja noch werden, die Hoffnung stirbt ja bekannter Maßen zu letzt.

Ich fordere alle Fraktionen auf, diesem Haushaltsentwurf zuzustimmen. Die Beratungen haben gezeigt, dass es keine wesentlichen Änderungsanträge gegeben hat. Der Haushalt bietet auch kaum Möglichkeiten, Kürzungen und Verschiebungen vorzunehmen. Denn selbst die sogenannten freiwilligen Leistungen in Höhe von rd. 1,2 Mio. EUR sind de facto keine freiwilligen Leistungen, sondern sind uns wichtig als flankierende Maßnahmen zur bloßen Daseinsvorsorge in unserer Stadt. Denn wer will den Zuschuss für die Musikschule oder für die Stadtbibliothek kürzen? Wer möchte den Kitas den zusätzlichen Betriebskostenzuschuss wegnehmen und wer möchte die Zahlung an den Fußballverband Mittelrhein für die Nutzung des Hallenbades für den Schulsport streichen? Diese Mittel machen schon allein rd. 1 Mio. EUR aus.

Lassen Sie uns gemeinsam weiter für Hennef und seine Menschen arbeiten. Wir alle in diesem Rat haben das gleiche Ziel. Folgen Sie der CDU und FDP Fraktion, denn gemeinsam mit unserem Bürgermeister haben wir den Weg für unsere Stadt definiert. Und damit sind wir in den letzten Jahren auch gut gefahren.

Es gilt also weiterhin, die Ärmel hochzukrempeln. Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, machen dies ohnehin mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern täglich. Dafür darf ich Ihnen im Namen der CDU Fraktion ganz herzlich danken. Ein besonderer Dank geht an die Kämmerei, die unter Leitung von Frau Weber diesen schwierigen Haushalt mit großer

Sachkenntnis und viel Fleiß in kurzer Zeit aufgestellt hat. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen hier im Rat, allen Vereinen und Institutionen für ihre Arbeit für Hennef.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Hennef, den 26.11.2012